

Redebausteine für Betriebs- und Personalversammlungen
**Arbeitnehmerinteressen offensiv vertreten –
für eine sozial gerechte Politik mobilisieren**

Unsere Antwort auf die Krise

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

tagtäglich erreichen uns neue und immer bedrohlichere Nachrichten aus der Wirtschaft. Innerhalb kürzester Zeit brechen Banken in den USA wie Kartenhäuser zusammen. Was mit der Krise der Industrielandbank (IKB) vor über einem Jahr begann, die sächsische Landesbank in den Abgrund zog und beinahe das Aus für eine der größten Hypothekenbanken unseres Landes, die Hypo Real Estate, bedeutet hätte, droht nun die gesamte Finanzwirtschaft in den Abgrund zu reißen. Eine riesige Spekulationsblase ist geplatzt und es drohen neue Turbulenzen. In Windeseile hat die Bundesregierung einen Rettungsschirm von fast 500 Mrd. Euro aufgespannt, um die deutschen Banken und Kreditinstitute vor dem Zusammenbruch zu bewahren. Notleidende Kreditinstitute erhalten neues Eigenkapital, Bürgschaften stehen zur Verfügung, kein Institut soll zusammenbrechen.

Aber was sagen wir dazu?

Ja, es war richtig, den Zusammenbruch der Banken und Finanzinstitute zu verhindern. Denn wir wollen nicht, dass Zehntausende unserer Kolleginnen und Kollegen bei Banken und Versicherungen arbeitslos werden. Wir sind auch nicht so gewissenlos wie Topmanager und Spekulanten, denen es egal ist, ob Millionen kleiner Sparer und Besitzer von Wertpapieren auf einmal ihr Geld verlieren. Wir können die Angst um die Zukunft verstehen, die alle ergreift, die privat für ihre Rente, für die Ausbildung ihrer Kinder, für ein neues Auto oder ein Haus vorgesorgt hatten. Ihnen wurden irgendwelche Fonds oder Zertifikate oder gar Aktien verkauft, die nun immer weniger wert sind. Und es ist uns natürlich überhaupt nicht gleichgültig, ob Unternehmen noch ausreichend Kredite bekommen, um weiter produzieren und Dienstleistungen anbieten zu können.

Aber auf der anderen Seite reiben wir uns verwundert die Augen oder balen die Faust in der Tasche: Denn haben uns nicht Wirtschaftswissenschaftler, Politiker, Medienvertreter und eben jene Topmanager, die so kläglich versagt haben, immer wieder gepredigt: Die Kassen sind leer, das Geld ist knapp, wir haben über unsere Verhältnisse gelebt, wir müssen alle sparen! Wir - die Beschäftigten sollten den Gürtel enger schnallen und auf Lohnzuwächse verzichten. Wir sollten länger arbeiten und möglichst ohne Zuschläge. Stellen wurden nicht besetzt. Immer wieder zogen die Unternehmensberater durch die Büros und Werkhallen, um die nächste Rationalisierungswelle vorzubereiten und aus den Beschäftigten noch mehr Leistung für noch weniger Geld herauszuholen.

Und wo ist denn das Geld für neue Stellen im sozialen Bereich, in der Bildung, in den Kindertagesstätten, an den Schulen, in der allgemeinen Verwaltung, im Gartenbau, im öffentlichen Personennahverkehr, in den Krankenhäusern und Altenheimen?

Warum sitzen die Kämmerer und Finanzminister auf den öffentlichen

Kassen, wenn es um die Sanierung von Straßen, den Bau von Hochschulen, den Ausbau der öffentlichen Infrastruktur geht?

Die Antwort auf diese Fragen ist sehr einfach: Der Staat hat in den letzten zwanzig Jahren auf über 185 Mrd. Euro verzichtet - so der Wirtschaftsweisse und Wirtschaftsprofessor Peter Bofinger. Ob Schwarz Gelb unter Helmut Kohl oder Rot -Grün unter Gerhard Schröder oder nun die große Koalition mit Frau Merkel an der Spitze: Sie alle haben sich darin überboten, denen, die viel haben, immer noch mehr Geld hinterher zu werfen.

In unterbrochener Reihenfolge wurden mit den Jahressteuergesetzen Unternehmenssteuern gesenkt. Im Jahre 2000 fiel der Körperschaftsteuersatz auf einbehaltene Gewinne von 40 auf 25 %. Die Unternehmen konnten sich die Differenz sofort zurückholen. Der Staat verzichtete auf Milliarden - viele Kommunen mussten den Unternehmen Steuern zurückzahlen - allein die Stadt Leverkusen an die BAYER AG über 800 Millionen Euro - und sie befindet sich seitdem im Nothaushalt. Am Ende war selbst die Hundesteuer ergiebiger als die wichtigste Unternehmenssteuer.

Und kaum sprudelten die Steuereinnahmen 2006 wieder wurden erneut die Körperschaftsteuer diesmal auf 15 % gesenkt und die Gewerbesteuer gleich mit. Allein die letzte Steuerreform, für die Peer Steinbrück verantwortlich ist, kostet den Staat in diesem Jahr 8 Mrd. Euro nach eigenen Angaben, andere Experten kommen auf noch höhere Zahlen. Die Befürworter solcher Steuersenkungen verweisen immer darauf, dass damit neue Arbeitsplätze entstehen. Doch in der Wirklichkeit ist von einem solchen Zusammenhang nichts zu sehen. In der Regel packen die Unternehmen die Millionen in die Rücklage oder erhöhen die Dividende.

Aber es gibt überhaupt keine Begründung dafür, warum seit über 10 Jahren große und größte Vermögen völlig steuerfrei sind. Die Politiker der großen Koalition können in diesen Tagen auch nicht erklären, warum jährlich mehrere hundert Milliarden Euro vererbt werden, die Erbschaftsteuer aber gerade einmal 4 Mrd. einbringt und dies auch in Zukunft so bleiben soll. Und niemand hat bisher vernünftig erklären können, warum alle Menschen in Deutschland Mehrwertsteuer zahlen müssen, wenn sie etwas kaufen oder bestellen, aber Umsätze an den Finanzmärkten völlig steuerfrei bleiben. Und warum Kapitalgesellschaften, die Beteiligungen an anderen Unternehmen in Milliardenhöhe verkaufen, für die dabei erzielten Gewinne seit 2000 überhaupt keine Steuern mehr bezahlen.

Diese Milliarden, die den Unternehmen, den Kapitalgesellschaften, den Reichen und Superreichen über Jahre hinweg in Deutschland, in den USA in anderen europäischen Ländern geschenkt wurden und die Milliarden Gewinne, die nicht in die Taschen der Beschäftigten, sondern auf die Konten der Unternehmer gewandert sind, diese riesigen Summen haben am Ende mit dazu beigetragen, dass eine riesige Spekulationsblase entstanden ist, die nun platzt.

Weil die Gier keine Grenzen kennt, weil der Profit aus der normalen wirtschaftlichen Tätigkeit nicht ausreichte, darum wurden immer gewagtere Spekulationen getätigt. Adolf Merkle, ein konservativer und angeblich solider Unternehmer aus dem Schwabenland, dem Ratiopharm, Heidelberger Zement und andere gesunde Unternehmen gehören - ist pleite, weil er eine

Milliarde Euro verspekuliert hat. Er hat auf sinkende Kurse der VW Aktie

spekuliert - mit so genannten Leerverkäufen. Und dass er das konnte, dass er das durfte - das hat ihm die Politik ermöglicht.

Weil internationales Kapital ja so attraktiv ist, weil der Finanzplatz Deutschland ohne diese Milliarden nicht auszukommen schien, darum haben alle Bundesregierungen der letzten zwanzig Jahre ein Finanzmarktförderungsgesetz nach dem anderen auf den Weg gebracht, um grob gesagt - die Heuschrecken ins Land zu lassen: Auf einmal wurden Hedge Fonds zugelassen, konnten sich Private Equity Fonds breit machen, sollten sogar internationale Immobilienfonds, die mit Wohnungen spekulierten, hier gehandelt werden. Letzteres wurde gerade noch verhindert.

Das ganze Spielcasino des internationalen Finanzkapitals wurde in die gute deutsche Stube gelassen - kräftig gefördert und unterstützt durch die europäische Union. Die Grundidee war so einfach wie verhängnisvoll. Je mehr an den Börsen gehandelt, je größer die Summen sind, die eingesetzt werden, je mehr Kredite aufgenommen und je innovativer die Finanzmarktprodukte sind, desto mehr Wert sollte entstehen. Aber dass sich Geld weder selbst vermehren noch dass man Geld essen kann, fiel nicht weiter auf.

Ob Immobilienkredite, oder Investmentzertifikate, ob Kreditausfallversicherungen oder Konsumentenkredite - allem muss ein realer Wert gegenüber stehen - ob dies Häuser sind, die bewohnt, Güter, die produziert, Dienstleistungen, die erbracht werden. Wenn dem nicht so ist - dann platzen die Blasen - dann sind alle Finanzmarktprodukte nicht einmal so viel wert, wie die Tapete an der Wand.

Warum war dies alles möglich: Jedes Casino hat Spielregeln und wer keine Chips mehr hat, der fliegt raus. Aber bei diesem Casino haben Leute mitgespielt, die keine Chips mehr hatten - denn niemand hat aufgepasst und was viel schlimmer ist: es gab keine Regeln mehr, denn die Staaten hatten in den letzten Jahren immer mehr dereguliert. Ihr Motto: nur freie Märkte schaffen Effizienz, garantieren Wohlstand für alle und persönliche Freiheit für einen jeden.

Auch darum, liebe Kolleginnen und Kollegen, haben nicht nur die Reichen und Superreichen, sondern auch viele Beschäftigte, viele Rentner mitgemacht. Ihnen waren die 3 % auf dem Sparbuch zu wenig und darum haben sie sich für 5 oder 6 Prozente Papiere gekauft, die nun nichts mehr wert sind. Und sie haben dies getan, weil Politiker und der Versicherungswirtschaft verbundene Wissenschaftler wie die Herrn Rürup und Raffelhüschen ihnen eingeredet haben, dass sie private Eigenvorsorge betreiben sollen. Und dies wurde nicht nur eingeredet, sondern die gesetzliche, umlagefinanzierte Rente wurde gekürzt, mit der Maßgabe, privat vorzusorgen und den Kapitalmärkten zu vertrauen.

Unsere erste Antwort auf dieses wahnsinnige System kann nur lauten: Die Sparkonten müssen gerettet werden, wer im Rahmen der Riester- oder der Rürup-Rente gespart hat, braucht Sicherheit - aber das Spielcasino muss geschlossen werden. Banken und Versicherungen sind für die Wirtschaft, für die Unternehmen, für die Verbraucher, für alle von enormer Wichtigkeit und ihre Aufgabe ist es, sie alle mit Geld und Kredit zu versorgen und auch die internationalen Warenströme abzusichern und weltweite Mobilität von Menschen zu ermöglichen.

Aber es muss Schluss sein mit der ungehemmten Spekulation. Alle Banken müssen öffentlich beaufsichtigt, alle Produkte müssen staatlich zugelassen, alle Finanztransaktionen müssen kontrolliert und beaufsichtigt werden. Wir

müssen Währungsspekulationen verhindern und hochspekulative Fonds müssen verboten werden. Dies kann kein Staat allein - darum brauchen wir eine internationale Finanzarchitektur. Wie es bei einem guten Haus der Fall ist, bestimmen die Architekten die Regeln und wer darin wie wohnt und arbeitet und das heißt: Die Staaten bestimmen die Regeln der Märkte und nicht mehr die Märkte die Regeln für die Staaten.

Mehr Markt und weniger Staat - dieses Leitbild marktradikalen Denkens hat ausgedient - jetzt brauchen wir mehr Staat und Märkte, die nach festen Regeln funktionieren. Machen wir uns keine Illusionen: Das wird nicht einfach sein, denn es gibt viele machtvolle Interessen und Interessenten des alten Systems: Sie setzen darauf, dass der Staat ihre Verluste sozialisiert, der Gemeinschaft aufbürdet und sie dann nach einer Phase schamvollen Abwartens wieder fröhlich losspekulieren und Gewinne machen können. Darum sollten wir der Politik auf die Finger schauen und genau verfolgen, was aus den vollmundigen Ankündigungen wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Wir haben nicht nur eine Finanzmarktkrise, sondern auch eine Wirtschaftskrise, die bereits im Frühling 2008 begonnen hat. Das Wachstum bricht ab, wesentliche Branchen und Unternehmen in der Industrie haben die Produktion heruntergefahren oder eingestellt und Kurzarbeit angemeldet. Viele kleine und mittlere Unternehmen blicken voller Sorge in die Zukunft.

Viele Menschen fragen sich, wie es bei uns weitergeht. Wie sicher sind die Arbeitsplätze bei den Banken und Versicherungen, bei den privaten Dienstleistungsunternehmen, die für die Industrie tätig sind, auch bei den vielen Leiharbeitsunternehmen? Wie werden sich die öffentlichen Einnahmen entwickeln, wenn die Wirtschaft in eine Rezession rutscht? Müssen wir im öffentlichen Sektor nicht wieder eine Sparwelle erleiden, wenn die Kassen wieder leer sind?

Alle diese Fragen sind berechtigt und niemand kann jetzt mit Sicherheit sagen, wie lange die Wirtschaftskrise dauern wird: Aber eines können wir sagen: Wir, die Gewerkschaften, die ver.di, die Personalräte und die Betriebsräte: Wir werden die Beschäftigten, wir werden unsere Mitglieder, wir werden euch nicht im Stich lassen, wir werden nicht klein begeben und nicht ratlos durch die Gegend laufen. Wir haben ein klares Ziel vor Augen: Diese Krise darf nicht auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer abgewälzt werden. Die Zeche sollen die zahlen, die diese Krise verursacht und die über Jahre davon profitiert haben.

Und wir bleiben in dieser Krise mit denen solidarisch, die schon genug bezahlt haben in den letzten Jahren: mit den Arbeitslosen, deren Leistungen gekürzt wurden, mit den Rentnern, deren Rente nicht mehr ausreicht, mit den jungen Menschen, die keine Ausbildung haben, mit den Kindern und Jugendlichen, die arm sind und unter miesen Verhältnissen aufwachsen müssen, mit den allein erziehenden Müttern und Vätern, die kaum über die Runden kommen.

In Zeiten der Krise gibt es zwei Verhaltensweisen: jeder sorgt für sich und auf Kosten der anderen - davon werden wir noch genug erleben - oder wir alle organisieren Solidarität und suchen gemeinsam solidarische und sozial gerechte Wege aus der Krise und lassen die zahlen, die sie verursacht haben: Das ist unsere Botschaft.

Was sind unsere nächsten Ziele:

1. Die Tarifrunden des nächsten Jahres werden kein Spaziergang. Das

Tarifergebnis der IG Metall hat gezeigt, wie schnell eine hohe Tarifierforderung zusammenschrumpft, wenn innerhalb kürzester Zeit eine Leitbranche ins Schleudern kommt. Aber auch die Krise ändert nichts daran, dass unsere Kolleginnen und Kollegen einen berechtigten Anspruch auf gutes Geld für gute Arbeit, auf Wertschätzung und gute Arbeitsbedingungen haben. Und: Tarifrunden orientieren sich nicht am düsteren Horizont, sondern an dem, was in der Vergangenheit an Werten geschaffen wurde und was immer noch an guter Arbeit geleistet wird.

2. Die Wirtschaftskrise hat auch hausgemachte Ursachen: Die deutsche Wirtschaft ist Exportweltmeister, aber die Binnennachfrage ist ständig gesunken. Der viel beschworene Aufschwung ist bei vielen gar nicht angekommen: Dort, wo unsere Tarifverträge direkt gelten, dort haben die Menschen auch mehr Geld bekommen. Aber im Niedriglohnsektor, bei den Minijobbern, den Leiharbeitern und bei den 5 Millionen, die weniger als 7,50 Euro die Stunde erhalten, dort ist gar nichts angekommen. Und bei denen, die Hartz IV bekommen, bei den Kindern, die mit Regelsätzen auskommen müssen, die weit unter dem liegen, was sie brauchen - da war vom Aufschwung nie die Rede. Aber sie alle könnten Geld gut gebrauchen und auch schnell ausgeben. Und auch viele unserer Kolleginnen und Kollegen könnten schnell Geld gebrauchen. Und darum ist unser Vorschlag, mit sozial gestaffelten Bedingungen den Bürgerinnen und Bürgern in Deutschland einen Gutschein von 500 Euro zu geben, um sich ein energiesparendes Haushaltsgerät anzuschaffen oder einen Handwerker zu bezahlen, der den schon seit langem tropfenden Wasserkran repariert und die Wohnung streicht.

3. Steuersenkungen nutzen denen am meisten, die hohe Steuern zahlen, weil sie hohe Einkommen haben. Und wenn Friedrich Merz von der Abschaffung der kalten Progression im Steuerrecht spricht, dann redet er von den mittleren Einkommen, von den Angestellten, die Brutto mehr bekommen haben, aber er verfolgt damit ein anderes Ziel: Die Progressionskurve der Einkommenssteuer soll in der Mitte abgeflacht werden, damit dann auch die am ganz oberen Ende dieser Kurve weniger Steuern bezahlen müssen. Die Bezieher hoher und höchster Einkommen. Immer noch versucht der Erfinder der Steuererklärung auf dem Bierdeckel die Menschen hinter die Fichte zu führen. Unsere Alternative ist sehr einfach: wir wollen den Menschen im unteren und mittleren Einkommensbereich mehr Geld lassen: durch die Wiedereinführung der Pendlerpauschale, durch geringere Steuern im unteren Drittel. Und vor allem gegenfinanziert durch höhere Steuern für die Reichen und Großverdiener, durch einen Spitzensteuersatz von 50 statt 42 Prozent und eine zusätzliche Reichensteuer von bis zu 80% für Einkommensmultimillionäre.

4. Wir wollen einen sozial gerechten und nachfragewirksamen Weg. Und darum ist es mehr als gerecht, wenn die Leistungen für Langzeitarbeitslose erhöht würden - auf 420 Euro. Und wir müssen endlich den Skandal der Kinderarmut bekämpfen: Kinder und Heranwachsende brauchen soviel Geld, dass sie sich gesund ernähren können, dass sie an Klassenfahrten teilnehmen können, dass sie sich Schulbücher kaufen und auch Geld für die Freizeit oder die Disco haben. Natürlich müssen Jugendliche lernen mit Geld umzugehen, aber Kinder dürfen nicht länger die sein, auf deren schwachen Schultern ein falsche Wirtschafts- und eine ungerechte Sozial- und Bildungspolitik ausgetragen wird.

5. Deutschland muss endlich das machen, was andere Länder schon längst beschlossen haben. Ein Zukunftsinvestitionsprogramm, das auch wirksam ist. Klotzen statt kleckern. Barack Obama will in den USA 700 Mrd. Dollar ausgeben, um die marode Infrastruktur zu sanieren und die längst überfällige ökologische Wende einleiten, China plant ein Konjunkturprogramm von 1200 Milliarden Euro, Frankreich will 26 Milliarden und Großbritannien 24 Milliarden Euro ausgeben - und die Bundesrepublik? Sie will in den nächsten beiden Jahren nur gerade einmal insgesamt 8 Mrd. Euro zusätzliche Mittel zur Konjunkturstützung zur Verfügung gestellt. Das reicht vorne und hinten nicht. Aber es kommt nicht allein auf die Summe der Konjunkturprogramme an. Es kommt darauf an, wo dringender Bedarf besteht. Einige Beispiele. Allein Projekte von 56 Mrd. Euro liegen in den Schubladen der Krankenhäuser. Die Kommunen könnten sofort Milliarden ausgeben für die Sanierung der Straßen und Brücken, für den öffentlichen Personennahverkehr, für den Bau von Ganztagschulen, Kindertagesstätten, moderne Verwaltungsgebäude, attraktive Innenstädte und in Ballungsgebieten für bezahlbare Wohnungen für Menschen mit wenig Geld und für junge Eltern mit Kindern. Auch die Länder könnten viel Geld ausgeben: Viele Hochschulen sind verkommen, Lampen fallen von den Decken, Gebäude sind marode, es fehlt überall an modernen Kommunikations- und Lernmitteln. Stattdessen zahlen die Studenten Studiengebühren, die zutiefst ungerecht sind. Ein Hochschulinvestitionsprogramm an Stelle der Studiengebühren wäre eine sozial gerechte Investitionsmaßnahme. Und Bildungsinvestitionen sollten nicht nur Beton bewegen, sondern auch für mehr Köpfe sorgen, für mehr Personal in der Erziehung, in der Bildung. Ein solches Zukunftsinvestitionsprogramm, das ist die wirksamste Maßnahme zur Ankurbelung der Wirtschaft, dafür fordern wir mindestens 50 Milliarden Euro im Jahr.

6. Nicht nur die Weltwirtschaftskrise beutelt uns. Auch der Klimawandel wird immer bedrohlicher. Lassen wir uns nichts vormachen: Deutschland mag im internationalen Vergleich ein Musterschüler sein, aber es gibt im Klimaschutz noch unglaublich viel zu tun. Energetische Gebäudesanierung, emissionsarme Kraftwerke, mehr Verkehr auf der Schiene und auf dem Wasser, mehr Innovationen in abgasarme Autos und stromsparende Geräte, erneuerbare Energien statt mehr Atomstrom - das sind Programme eines neuen grünen Deals von Arbeit und Umwelt, den wir gerade jetzt wollen.

Woher soll das Geld kommen, wenn es über Jahre nicht da war? Dieser Frage müssen wir uns stellen. Und wir können sie auch beantworten: Deutschland ist ein reiches Land - nur der gesellschaftliche Reichtum ist falsch verteilt. Darum sagen wir sehr selbstbewusst: Wir wollen nicht mehr Privat vor Staat, sondern mehr Gemeinwohl vor Profit. Und das bedeutet: Die Staatsverschuldung kann wieder ansteigen und gerade in einer Krise muss der Staat sich verschulden, um sie zu überwinden. Wenn er bereit ist, 500 Mrd. Euro für die Banken bereitzustellen, dann werden 50 Mrd. für Zukunftsinvestitionen doch vorhanden sein und dies nicht nur einmalig, sondern dauerhaft. Und weitere Milliarden, um kurzfristig mit Konsumgutscheinen einen Nachfrageschub auszulösen. Mit unseren Forderungen zur Steuerreform können wir mehr öffentliche Zukunftsinvestitionen und Personal sowie höhere Sozialleistungen dauerhaft solide finanzieren. Höhere Schulden sind nur kurzfristig erforderlich, und da sind sie zur Ankurbelung der Wirtschaft gegen die Krise auch notwendig. Und wenn dann die Frage gestellt wird, wer am Ende die Schulden bezahlt, dann müssen es die sein,

die diese Krise zu verantworten haben: die Besitzer großer Vermögen und Erbschaften, die Millionäre und Milliardäre, die zahlreichen Steuerflüchtlinge und diejenigen, die immer noch Steuerprivilegien genießen. Steuerbetrug soll nun wie ordinärer Betrug bestraft werden - mit Freiheitsstrafe ohne Bewährung hat der Bundesgerichtshof geurteilt - das ist die richtige Sprache, die solche Leute verstehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Wir brauchen eine grundsätzliche Wende zu einer anderen sozialen Politik, einer anderen Gesellschaft, einem anderen Staat. Wir wollen eine Politik, die endlich dafür sorgt, dass die aus den Fugen geratenen Märkte wirksam kontrolliert werden. Eine Politik, die sich nicht davor scheut, dem Machtkartell aus Kapitalbesitzern, Kapitalanbetern und kapitalen Bankrotteuren Parole zu bieten und die endlich dafür sorgt, dass die Demokratie den Markt und nicht der Markt - oder genauer gesagt die großen Unternehmen - über den Staat bestimmen. Wir wollen eine Politik, die die Krise auch als Chance sieht, als Chance, versäumte Investitionen nachzuholen und für mehr soziale Gerechtigkeit zu sorgen. Wir wollen eine Politik, die anerkennt, dass Würde ihren Wert und Arbeit ihren Preis hat, die den Niedriglohnsektor austrocknet und für gerechte Löhne auf der Basis des gesetzlichen Mindestlohnes sorgt.

Wir wollen eine Politik, die entschieden Ausgrenzung und Armut bekämpft und nicht die notwendigen Investitionen zu Lasten des Sozialhaushaltes und der Kommunen finanziert. Die massive Umverteilung von unten nach oben, die in den letzten 20 Jahren von Wirtschaft und Politik durchgesetzt wurde, muss gestoppt und rückgängig gemacht werden. Der wachsende Reichtum, den wir alle zusammen erarbeiten, muss den Beschäftigten und ihren Familien, den Rentnerinnen und Rentnern und den Erwerbslosen zugute kommen. Er darf nicht in die Taschen von Reichen und Unternehmen fließen, die damit die Spekulation auf den Finanzmärkten anheizen. Unser Leitbild ist der aktive Sozialstaat. Dieses Leitbild des aktiven Sozialstaates haben die Väter und Mütter des Grundgesetzes vor 60 Jahren in unsere Verfassung geschrieben, weil sie eine furchtbare Erfahrung gemacht hatten: es war die Erfahrung der Weltwirtschaftskrise, die vor fast 80 Jahren im Oktober 1929 an der Wall Street begann. Auf diese Krise antwortete der amerikanische Präsident Roosevelt mit den New Deal: mit großen öffentlichen Investitionen, mit Arbeitsbeschaffung und mit einer richtigen Antikrisenpolitik, die die Lasten gerecht verteilte. In Deutschland wurde der Staat totgespart, die Arbeitslosigkeit und das Massenelend wuchsen ins Unermessliche und am Ende stand die Machtergreifung des deutschen Faschismus. Geschichte wiederholt sich nicht, aber man sollte die Erfahrungen der Väter und Mütter des Grundgesetzes ernst nehmen: Nur der Ausbau des Sozialstaates und eine sozial gerechte Politik, können die Krise so überwinden, dass die Demokratie und damit wir wieder eine gute Zukunft haben: dafür werden wir uns engagieren, dafür müssen wir die Menschen überzeugen, dafür werden wir mobilisieren und demonstrieren und dafür werden wir uns auch bei den kommenden Wahlen engagieren. Denn eine andere Politik kommt nicht von selbst, sondern dafür müssen wir kämpfen.

Wolfgang Uellenberg-van Dawen, seit dem 1. November 2008 Leiter der Abteilung Politik und Planung beim Bundesvorstand der ver.di in Berlin, hat im Dezember 2008 diesen Text veröffentlicht. Zuvor war er Vorsitzender der DGB-Region Köln-Leverkusen- Erft-Berg.

Anmerkung: Wir geben die Texte als Service an Sie weiter, womit nicht gesagt ist, dass wir in jeder Zeile gleicher Meinung sind.